TEXT: HARRY ROSENBAUM | FOTO: KOICHI KAMOSHIDA

Trauerarbeit: Eine Frau legt in Minamisoma nahe Fukushima Blumen an der Stelle nieder, wo ihr Haus stand, ehe es durch die Flutwelle zerstört wurde.

Schrecken mit kurzer Halbwertzeit

Kurz nach der Katastrophe von Fukushima führte auch die mediale Berichterstattung zu einer Kehrtwende in der Energiepolitik. Heute interessieren sich die Medien nur noch wenig für das Thema.

Die Studie „Fukushima und die Folgen – Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen" vergleicht die Medienpräsenz der beiden Reaktorkatastrophen von Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011). „Die Intensität der Berichterstattung nahm in beiden Zeiträumen einen unterschiedlichen Verlauf", heisst es dazu. „Nach Tschernobyl stieg sie erst in den darauffolgenden Wochen deutlich an und erreichte in der dritten Woche nach dem Unglück einen ersten Höhepunkt. Nach dem Unglück in Fukushima berichteten die untersuchten Medien hingegen in der ersten Woche am häufigsten. In der zweiten Woche nahm die Intensität der Berichterstattung allerdings wieder deutlich ab und blieb im restlichen Untersuchungszeitraum relativ konstant." – Die Studie ist ein Sammelband mit Beiträgen aus Deutschland und der Schweiz und wurde von den Medienforschern Dorothee Arlt (Universität Bern) und Jens Wolling (TU Ilmenau) herausgegeben.

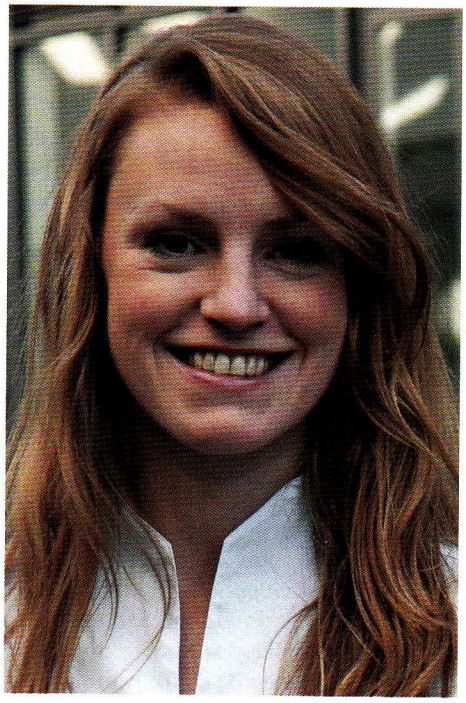
Der emeritierte Professor Heinz Bonfadelli und Silje Kristiansen vom Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung an der Universität Zürich (IPMZ) setzen sich im Beitrag „Risikoberichterstattung und Risikoperzeption" mit den Reaktionen von Medien und Bevölkerung in der Schweiz nach dem AKW-Unfall in Japan auseinander. „Die mediale Berichterstattung über Atomkraft und AKW-Unfälle ist eine wichtige Quelle für die Risikoeinschätzung und die Meinungsbildung der Bevölkerung", meinen die Medienforscher. „Für eine funktionierende Demokratie ist eine ausgewogene und realitätsadäquate Medienberichterstattung über politisch zu entscheidende Risikothemen von grosser Wichtigkeit. Insofern ist die Analyse der Berichterstattung nicht nur aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive interessant, sondern sie erfüllt auch eine gesellschaftlich relevante Aufgabe."

Zwischen dem 13. März 2011 (Reaktorunfall) und dem 25. März 2012 analysierten Bonfadelli und Kristiansen die Berichterstattung der drei grossen Schweizer Sonntagszeitungen „NZZ am Sonntag", „Sonntagszeitung" und „Sonntagsblick". Insgesamt wurden 423 Artikel zum Thema Fukushima und zur Atomenergie im Kontext des Reaktorunfalls identifiziert. In der „NZZ am Sonntag" erschienen mit 45 Prozent die meisten Artikel über den Unfall und die nachfolgende politische Debatte zum Atomausstieg. In der „Sonntagszeitung" erschienen 41 Prozent und im „Sonntagsblick" 15 Prozent der Berichte.

Bonfadelli und Kristiansen kommen zum Schluss, dass Fukushima eine politische Debatte über Atomenergie und Atomenergiepolitik in der Schweiz ausgelöst habe. Nahezu 40 Prozent aller analysierten Artikel hätten sich mit diesem Faktum beschäftigt. Fast die Hälfte aller Artikel habe auf den Schaden der Atomenergie hingewiesen und nur knapp 30 Prozent auf deren Nutzen. Dies zeige in der Berichterstattung eine eindeutig negative Wertung der Atomkraft. Die öffentliche Debatte hätte

denn auch zum Beschluss des Bundesrates geführt, schrittweise aus der Atomenergie auszusteigen. „Der Ausstieg wird in jedem zweiten Artikel (47 Prozent) angesprochen", schreiben Bonfadelli und Kristiansen.

Warum haben die Medien beim Atomausstieg Dampf abgelassen? „Fukushima hat in der Öffentlichkeit eine so starke Wirkung gehabt, dass der Druck von Öffentlichkeit und Medien von der Politik wahrgenommen werden musste", sagt Bonfadelli. „Dieser Druck besteht heute nicht mehr, und die Politiker agieren wieder entsprechend ihren Beziehungen und Abhängigkeiten gegenüber dem Energiesektor." Waren die Medien kurz nach Fukushima echt besorgt oder war es nur ein Mega-Hype? „Natürlich erzeugen Katastrophen wie Erdbeben, Tsunamis und AKW-Unfälle wie Tschernobyl oder Fukushima eine starke Medienresonanz", sagt der emeritierte Professor. „Für mich sind das aber nicht einfach Medienereignisse, sondern reale Katastrophen, die – nicht zuletzt auch wegen der AKWs in der Schweiz – bei der Bevölkerung, aber auch bei den Medienschaffenden durch unterschwellig latente Ängste aktiviert wurden."



Silje Kristiansen, Medienforscherin:
„Ist die negative Meinung über die Atomenergie nach Fukushima ein Medieneffekt?"

Medienforscherin Kristiansen hat eben ihre Doktorarbeit abgeliefert, die sich mit der Medienberichterstattung in der Schweiz nach Fukushima befasst. In der Schweiz und in Deutschland hat Fukushima noch ein Jahr nach der Katastrophe besonders stark gewirkt, obwohl Japan weit weg liegt. Wie erklärt sich das? „Eigentlich denkt die Öffentlichkeit nicht an Schadensereignisse im Ausmass von Fukushima, schon gar nicht in einem Land wie Japan, das technologisch hochentwickelt ist", sagt Kristiansen. Der Atomunfall habe einen Überraschungseffekt gehabt. Vor allem habe man nicht damit gerechnet, dass es so schwierig sein würde, die Situation in Fukushima einigermassen unter Kontrolle zu bringen. „Als Kommunikationswissenschaftlerin fragt man sich, ob die negative Meinung über die Atomenergie nach Fukushima ein Medieneffekt ist", sagt die Kommunikationswissenschaftlerin weiter. „Die Ergebnisse unserer Befragungen zeigten, dass die Medienberichterstattung einen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung über die Atomenergie hatte. Die Ergebnisse meiner Dissertation belegen zudem, dass die Medien nach Fukushima eher negativ über die Atomenergie berichteten. Diese Art von Berichten hielt dann auch jahrelang an. Das mag die öffentliche Meinung schon beeinflusst haben." Nach Ansicht von Kristiansen wird auch heute noch viel in den Medien über Atomenergie berichtet. „Durchschnittlich gibt es jeden zweiten Tag in der Presse einen etwas längeren Artikel darüber. Das ist in etwa gleich viel wie vor Fukushima, als es darum ging, ob die Schweiz auch in Zukunft in die Atomenergie investieren sollte."

Energiewende als Mediengeschenk

Findet der Atomausstieg in der Schweiz statt, auch wenn die Medienberichterstattung darüber nachgelassen hat? Umwelt- und Energiejournalist Hanspeter Guggenbühl sagt „Ja". Der Bundesrat und beide Parlamentskammern hätten eindeutig beschlossen, den Bau von neuen Atomkraftwerken im Inland zu verbieten. „Atomkraft ist zumindest in Europa ein Auslaufmodell", sagt Guggenbühl. „Aber die Stromlobby will ihre alten AKWs noch möglichst lange melken, weil sie diese noch nicht voll amortisiert hat und weil sie damit noch Deckungsbeiträge für den Entsorgungsfonds äufnen will. Das ist ökonomisch verständlich."

Haben die Medien die Energiewende bewirkt? Wahl- und Abstimmungsanalytiker Claude Longchamp sagt „Nein". Die Energiewirtschaft habe sich ja zur Energiewende selbst bekannt, meint er. Allerdings nicht in der Form, wie sie vom Bundesrat vorgeschlagen worden sei. „Zentraler Angelpunkt war die Laufzeit der AKWs und die damit verbundenen Abschreibungen", präzisiert Longchamp. „Die Politik ist hier etwas gefangen, denn ohne lange Laufzeitdauer würden Entschädigungszahlungen im Raum stehen."

Ein faires Nebenrollen-Spiel

Für Guido Lichtensteiger, Mediensprecher vom Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), war der Entscheid zur Energiewende und somit der Ausstieg aus der Atomkraft „politisch getrieben". Die Medien hätten dabei eine gewisse Rolle gespielt, sagt er und bescheinigt, dass die Wahrnehmung der medialen „Nebenrolle" auf faire Weise geschehen sei. „Kernenergie und besonders Fukushima sind sehr emotionale Themen, über die auch entsprechend berichtet wird", sagt der VSE-Mediensprecher. „Die Berichterstattung nach Fukushima über das Thema Kernenergie in den Schweizer Medien war sehr kritisch, aber insgesamt ausgewogen. Kampagnen sind, wenn überhaupt, nur vereinzelt erfolgt. Kernenergie ist und bleibt ein relevantes Thema für die Medien. Für die Energiewirtschaft bleibt es eine kritische Begleitung."

Die Schweiz und Deutschland stehen für den energetischen Sonderfall. Nur diese beiden Länder haben den Atomausstieg beschlossen. Nahezu alle anderen Staaten betreiben ihre Atomkraftwerke weiter, bauen neue oder planen den Einstieg in die Atomenergie.

HARRY ROSENBAUM
ist freier Journalist in St. Gallen.

harry.rosenbaum@bluewin.ch